

Geheime Wahl

Was Meinungsforscher vor dem 18. September nicht wissen konnten

Von Bernhard Weßels

Eine unerwartet erfolgreiche Aufholjagd der SPD, ein Abschneiden der CDU/CSU unter den Erwartungen – das Bundestagswahlergebnis macht Koalitions- und Regierungsbildung schwierig. Wer sind die Wählerinnen und Wähler, die ein Wahlergebnis weit von den vorherigen Erwartungen produziert haben, wer hat sich in letzter Minute noch für die SPD entschieden, wer noch gegen die CDU/CSU?

Das Ergebnis der Bundestagswahl hat die wohl kompliziertesten Koalitionsverhandlungen zur Folge, die es je nach einer Bundestagswahl gegeben hat. Zur Erinnerung: Die CDU/CSU erreichte 35,2 Prozent (226 Sitze), die SPD 34,2 Prozent (222 Sitze). Eine schwarz-gelbe Koalition hätte keine Mehrheit, Rot-Grün ebenfalls nicht, eine Koalition aus CDU/CSU, FDP und B90/Grüne ist nicht zu schmieden, und eine rot-rot-grüne Koalition wird von SPD und Grünen abgelehnt.

In den Ergebnissen einer im Auftrag des WZB im Rahmen des Projekts „The Comparative Study of Electoral Systems“ (CSES) von Infratest dimap durchgeführten repräsentativen Nachwahlbefragung zur Bundestagswahl am 18. September 2005 zeigt sich, dass auch die Wählerinnen und Wähler die Koalitionsbildung als schwierig ansehen. Fast ein Viertel sehen die Regierungsbildung oder die Koalitionsfrage, weitere vier Prozent die Kanzlerfrage als das wichtigste Problem an. Normalerweise rangieren nach Arbeitslosigkeit, die auch jetzt mit 51 Prozent der Nennungen auf Platz eins liegt, die Wirtschaftslage, die soziale Lage, der Sozialstaat oder ähnliches.

Während die SPD aufgrund der unerwartet erfolgreichen Aufholjagd wenig Anlass sieht, über Wahlkampf und Probleme des Wahlergebnisses zu diskutieren, sind in der CDU/CSU Diskussionen über mögliche Fehler bei der Aufstellung zur Bundestagswahl kaum noch zu unterdrücken. Das unerwartet gute Ergebnis der Sozialdemokraten und das unerwartet schlechte Abschneiden der Christdemokraten sind erklärungsbedürftig. Die Ursachen für das Auseinanderfallen von Erwartungen und Ergebnis bei den Umfrage-Instituten zu suchen, wie mancher Kritiker es nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses tat, trifft das Problem nicht. Der überraschende Wahlausgang macht zwei Fragen besonders interessant: Wer ist zur SPD (zurück-) gegangen, und wer ist (im letzten Moment) noch von der CDU/CSU weggegangen?

Die Dynamik der Entwicklung lässt sich anhand der Umfrage relativ gut nachvollziehen, da es sich um eine Wiederholungsbefragung (Panel) mit Blick auf die Wahlabsicht und das berichtete tatsächliche Wahlverhalten handelt. Die nach der Wahl Befragten äußerten sich zwischen Mitte August und Mitte September bereits über ihre Wahlabsicht. Es zeigt sich, dass die SPD unter denjenigen, die vor der Wahl noch unentschieden waren, Stimmen gewinnen konnte, mit etwa 30 Prozent der Unentschiedenen deutlich mehr als die CDU/CSU, für die sich 23 Prozent entschieden. Es hat also in dieser Wählergruppe eine Wählermobilisierung zugunsten der SPD gegeben. Weitere, aber quantitativ bei weitem nicht so bedeutende Zuströme gab es aus Wählergruppen, die vor der Wahl Präferenzen für die Grünen und die Linke/PDS geäußert hatten.

Eine starke Abwanderung von Wählergruppen, die vor der Wahl angegeben hatten, die CDU/CSU wählen zu wollen, führte dazu, dass die Union bei der Wahl schlechter als erwartet abschnitt. Das Besondere an diesem Verlust vermeintlich sicherer Wähler ist, dass etwa 15 Prozent zur FDP wanderten. Das hat zu dem beachtlichen Erfolg der FDP beigetragen.

Wer diejenigen sind, die zwischen Vorwahlzeit und Bundestagswahl zur SPD gekommen und die, die von der CDU/CSU weggegangen sind, lässt sich unter

Das Ergebnis der Bundestagswahl 2005 überraschte Politik und Beobachter. Die Ergebnisse einer vom WZB in Auftrag gegebenen Nachwahlbefragung zeigen, wie sich im letzten Moment entscheidende Veränderungen vollzogen, die die FDP auf Kosten der Union stärkten und der SPD überraschende Gewinne einbrachten.

verschiedenen Aspekten beleuchten. War es die erfolgreiche oder weniger erfolgreiche Re-Mobilisierung von Wählern der letzten Bundestagswahl, waren politische Orientierungen und ideologische Positionen dafür verantwortlich, politische Probleme, soziale Gruppenzugehörigkeit oder Einschätzung der Parteienkompetenz?

Wie bei jeder Bundestagswahl hatte auch im September die Re-Mobilisierung vormaliger Wähler große Bedeutung. Wie sich an den Ergebnissen ablesen lässt, geschah dies eher zugunsten der SPD als der CDU/CSU. Die generellen Trends von Mitte August bis Mitte September brachten zunehmende Anteile für SPD und CDU/CSU. Dabei wuchsen diese Anteile aber schneller für die SPD. Während in der Vorwahlzeit die SPD lediglich 64 Prozent ihrer Wähler von 2002 für sich mobilisiert hatte, waren es bei der CDU/CSU bereits 76 Prozent. Die CDU/CSU konnte bei der Bundestagswahl noch zwei Prozentpunkte zulegen, die SPD mit 68 Prozent dagegen vier.

Von denjenigen, die vor der Wahl eine entsprechende Präferenz angegeben hatten, konnten beide Parteien 77 Prozent tatsächlich für sich gewinnen. Bezogen auf den Anteil der Re-Mobilisierung der Wähler von 2002 blieb die CDU/CSU zwar eindeutige Siegerin, aber der Zuwachs bei der Re-Mobilisierung in den letzten Wochen vor der Wahl war bei der SPD doppelt so groß. Diese erfolgreiche Aufholjagd weist – unter umgekehrten Vorzeichen – Parallelen zur Bundestagswahl 1994 auf, als es der CDU/CSU und Kanzler Kohl gelang, den Anfang des Jahres als sicher angenommenen Sieg der SPD abzuwenden. Allerdings erstreckte sich der Prozess der Re-Mobilisierung 1994 fast über ein halbes Jahr – vom Frühjahr bis zum Herbst. Eine so schnelle und erfolgreiche Re-Mobilisierung wie 2005 ist bisher bei Bundestagswahlen einmalig.

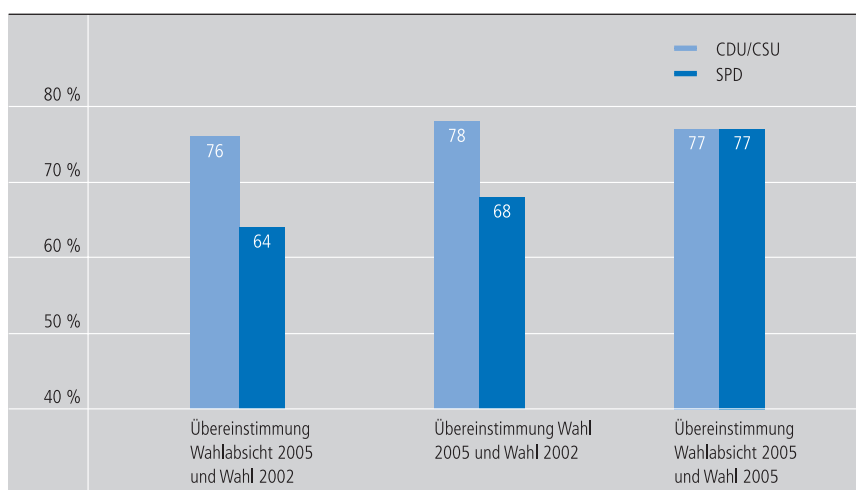


Abbildung 1
Anteile der „Wiederwahl“ für CDU/CSU und SPD

Quelle: Nachwahlstudie zur Bundestagswahl 2005 im Auftrag des WZB, Projekt „The Comparative Study of Electoral Systems“, Infratest dimap; jeweils 1000 Befragte in Ost- und Westdeutschland, repräsentativ gewichtet. Anteile in Prozent der jeweiligen Vorperiode (z.B. 76 Prozent „Übereinstimmung in Wahlabsicht 2005 und Wahl 2002“ bei der CDU/CSU bedeuten, dass 76 Prozent der Wähler der CDU/CSU aus dem Jahre 2002 auch vor der Wahl 2005 eine Wahlabsicht zugunsten der CDU/CSU äußerten).

Wer hat sich von der SPD mobilisieren lassen? Das aufgrund seiner Größe wichtigste Reservoir bestand aus den Unentschiedenen. Unter diesen waren vormalige SPD-Wähler mit fast 40 Prozent stärker vertreten als die jeder anderen Partei. Es gelang der SPD, fast 80 Prozent der in den letzten Wochen noch unentschiedenen SPD-Wähler von 2002 zur Wiederwahl zu veranlassen.

Strukturell hatte sie dabei den Vorteil, dass unter den Unentschiedenen deutlich mehr jene mit politischen Orientierungen links von der politischen Mitte zu finden waren. Nach einer Selbsteinstufung waren fast 50 Prozent der Unentschiedenen links von der Mitte, etwa ein Viertel als Mitte und ein weiteres Viertel

Summary

Last minute vote

The results of the German parliamentary election of September 18, 2005, took politicians and observers by surprise. The results of the WZB's 'Comparative Study of Electoral Systems' (CSES) show that voters saw the formation of a successful coalition as a highly problematic issue. Given the surprising outcome of the election, this article investigates fluid political loyalties among voters and the effectiveness of 'remobilisation' efforts among the CDU/CSU and SPD. It also analyses the dynamics, social makeup and possible reasoning of the group of voters who switched from the CDU to the FDP.

als rechts von der Mitte anzusehen. Die SPD konnte mehr als 40 Prozent des linken Spektrums der Unentschiedenen für sich gewinnen. Das war relativ genauso viel, wie die CDU/CSU auf der rechten Seite mobilisieren konnte, aufgrund der größeren Anteile der Linken unter den Unentschiedenen aber absolut gesehen deutlich mehr.

Auf der linken Seite hatte allerdings auch die Linke/PDS mit mehr als zehn Prozent einen Erfolg zu verbuchen. Dieser fiel unter den unentschiedenen Gewerkschaftsmitgliedern noch größer aus. Die SPD konnte zwar fast 30 Prozent und damit deutlich mehr als jede andere Partei unentschiedener Gewerkschaftsmitglieder für sich mobilisieren, in Hinsicht auf soziale Gruppen konnte die SPD im Lager der Unentschiedenen aber kaum Vorteile gewinnen. Von den Arbeitern – der größten sozialen Gruppe unter den Unentschiedenen – gingen ebenso viele zur CDU/CSU wie zur SPD; fast zehn Prozent wählten die Linke/PDS, von den Angestellten nur wenig mehr die SPD als die CDU/CSU.

Die SPD konnte also durch einen stärker wachsenden Re-Mobilisierungsprozess unter ihren Wählern von 2002, den strukturellen Vorteil, dass unter den Unentschiedenen mehr mit politischen Orientierungen links von der Mitte zu finden waren, und den im Vergleich zur CDU/CSU stärkeren Zugewinn bei den unentschiedenen Gewerkschaftsmitgliedern deutlich Boden gegenüber der CDU/CSU gut machen. Diese Faktoren allein erklären aber den Erfolg der SPD-Aufholjagd nicht.

Dass die CDU/CSU unter denjenigen, die ihr vor der Wahl die Stimme geben wollten, deutlich mehr als zehn Prozent an die FDP verlor, verstärkte den Aufholerfolg der SPD nicht unmaßgeblich. Die plausible Annahme, dass die politischen Positionen derjenigen, die von ihrer Vorwahlabsicht, die CDU/CSU zu wählen, Abstand genommen haben, andere sind als die Positionen jener, die dann auch die CDU/CSU wählten, lässt sich hingegen nicht bestätigen. Gemessen an der Links-Rechts-Selbsteinstufung haben beide Gruppen nahezu identische Positionen.

Auch bezogen auf die wahrgenommene Problem-Agenda gibt es keine wesentlichen, sondern nur kleine Unterschiede. Bei denjenigen, die zwischen Vorwahlzeit und Wahl zur FDP abwanderten, werden Arbeitslosigkeit und Steuerreform etwas häufiger als wichtigstes Problem genannt. Ebenfalls ein Unterschied, aber auch ein eher kleiner, ergibt sich hinsichtlich der Einschätzung, welche Partei am besten in der Lage sei, mit dem jeweils wichtigsten Problem fertig zu werden. Hier wird von sechs gegenüber nur etwa zwei Prozent der nicht Abwandernden die FDP genannt – wobei in beiden Gruppen die CDU/CSU mit etwa 60 Prozent gleich häufig genannt wird. Mit 75 Prozent wird Angela Merkel sogar etwas häufiger in der Gruppe der zur FDP Wechselnden als eine Kandidatin genannt, von der sie sich vertreten fühlen. Allerdings nannten diese Wählerinnen und Wähler Guido Westerwelle mit 19 gegenüber 6 Prozent unter denjenigen, die die CDU/CSU wählten, sehr viel häufiger als einen Kandidaten, vom dem sie sich repräsentiert fühlen.

Was die soziale Herkunft betrifft, sind die Unterschiede zwischen denjenigen, die sich schließlich doch gegen die CDU/CSU und für die FDP entschieden und denen, die entsprechend ihrer Absicht tatsächlich die CDU/CSU wählten, ebenfalls eher unbedeutend. Unter den Abwanderern zur FDP ist der Arbeiteranteil etwas niedriger und der Selbständigenanteil etwas höher. Am deutlichsten sind die Unterschiede in der Frage, welche Partei die eigenen Ansichten am besten repräsentiert. Unter Abwanderern zur FDP nennen lediglich 64 Prozent die Union die Partei, die die eigenen Vorstellungen am besten vertritt. Unter jenen, die dann doch die Unionsparteien wählten, liegt dieser Wert bei 73 Prozent. Unter den Abwanderern zur FDP nennen 27 Prozent die FDP als die Partei, die ihre Positionen am besten vertritt, während unter denen, die ihre Wahlabsicht zugunsten der Union treu blieben, nur 9 Prozent die Liberalen für die beste Repräsentantin ihrer Ideen bezeichnen.

Zusammengenommen sind die Unterschiede zwischen denjenigen, die vor den Wahlen eine Präferenz für die CDU/CSU äußerten und sie dann auch wählten,



Bernhard Weßels [Foto: David Ausserhofer]

Bernhard Weßels, geboren 1955 in Berlin, Studium der Soziologie, Volkswirtschaftslehre, Statistik und Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, Dipl.-Soz., Dr. phil., Privatdozent. 1982–1989 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, seit 1989 wissenschaftlicher Angestellter am WZB. 1993–1999 Sprecher des Arbeitskreises Verbände der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft (DVPW). Seit 1998 Mitglied des Planning Committee der Comparative Study of Electoral Systems (CSES).

und den 15 Prozent, die zur FDP abwanderten, nicht sehr groß. Soweit sie vorliegen, betreffen sie immer nur einen kleinen Teil dieser Gruppe, so dass sich hieraus kaum erklären lässt, warum es eine Abwanderung in dieser Größenordnung gegeben hat. Vieles spricht dafür, dass koalitionstaktische Überlegungen eine große Rolle gespielt haben. Das Stimmensplitting gibt hierauf einen Hinweis. Unter denjenigen, die bei ihrer Vorwahlabsicht für die CDU/CSU geblieben sind, haben 87 Prozent sowohl ihre Erst- als auch ihre Zweitstimme der CDU/CSU gegeben.

Demgegenüber haben 95 Prozent derjenigen, die zur FDP abgewandert sind, ihre Stimme gesplittet, unter den FDP-Wählern insgesamt waren es nur 80 Prozent. 93 Prozent haben ihre Erststimme der CDU/CSU gegeben, nur 5 Prozent der FDP. Der FDP nicht die Erststimme zu geben, ist rational, wenn berücksichtigt wird, dass die FDP seit den 1960er Jahren lediglich bei der Bundestagswahl 1990 ein Direktmandat erzielen konnte. Allerdings sprechen zwei Gründe für die Annahme, dass dieser Personenkreis mit seiner Wahlentscheidung die FDP stärken und damit eine Große Koalition verhindern wollte. Das ist zum einen der Umstand, dass diese Wahlberechtigten vor der Wahl beabsichtigt hatten, die CDU/CSU zu wählen. Zum anderen ist es die Tatsache, dass die Unterschiede in den politischen Vorstellungen und Präferenzen zwischen denen, die abwanderten, und denen, die es nicht taten, zu gering sind, um das Ausmaß der Abwanderung zu erklären.

Das Wahlergebnis kommt, wenn das denn die Überlegung dieser Wähler war, ihren Interessen nicht besonders nahe. Zwar hat Rot-Grün kein neues Wähler-votum erhalten, die angestrebte Alternative Schwarz-Gelb aber ebenfalls nicht. So wie die Situation sich darstellt, scheinen die beiden großen Parteien gewillt, aus dem Wahlergebnis das zu machen, was ihnen einzig möglich erscheint: eine Große Koalition. Welche Folgen eine solche Regierungskonstellation für die politische Problemlösungskapazität haben wird, ob sie nicht nur handlungsfähig, sondern auch im Sinne der Interessen der Wählerinnen und Wähler wird handeln können und wollen, bleibt zu beobachten.

Das Wahlergebnis spricht keine besonders deutliche Sprache. Die Entwicklung, die zu diesem Resultat geführt hat, schon eher. Inhaltliche Konsequenzen aus Wahlergebnissen im Sinne der Wählerinteressen abzuleiten, ist Aufgabe der Parteien. Regierungsbildung zu betreiben, ohne das Wahlergebnis und den Weg dahin analysiert zu haben, mag Regierungsfähigkeit stärken, kann aber die Gefahr bergen, dass der Wählerwille nicht angemessen repräsentiert wird.